

Zum Hintergrund des grössten Geheimdienstskandals der Nachkriegsgeschichte

Die Fakten hinsichtlich der Verstrickung des Verfassungsschutzes in den Fall des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) liegen auf dem Tisch, brauchen hier nicht wiederholt zu werden. Sie machen deutlich, dass Faschismus keine Ideologie „Ewiggestriger“ ist, wie deutsche Politiker nicht müde werden zu betonen, sondern weiterhin von den gesellschaftlichen Eliten vorgehalten wird, um ein Gesellschaftssystem zu verteidigen, in dem eine handvoll Kapitalisten ihre Profitinteressen durchsetzen, während immer größere Teile der Bevölkerung im Rahmen der Vertiefung der kapitalistischen Krise in Erwerbslosigkeit, Leiharbeit, Zeitarbeit und Armut getrieben werden. Um die imperialistischen Pläne des Finanzkapitals durchzusetzen, brauchen die Herrschenden Rassismus, Nationalismus und Faschismus, denn es gilt, möglichen Widerstand zu spalten, einzuschüchtern und von den wirklich Verantwortlichen für Erwerbslosigkeit und Verelendung abzulenken.

Faschismus war, ist und bleibt offensichtlich für die Herrschenden eine Option, die sie sich offen halten für den Fall, dass die bürgerliche Demokratie bei der Durchsetzung imperialistischer Interessen an ihre Grenzen stößt. Öffentliche Diskurse in den Medien über autoritäre Herrschaftsformen jenseits der bürgerlichen Demokratie - über die „Postdemokratie“ - die offene Propagierung von rassistischem Gedankengut von Politikern wie Sarrazin, die dem Neofaschismus geistige Nahrung liefern, das geschichtsklitternde Vorgehen mit der Gleichstellung von „Rechtsradikalismus“ und „Linksradikalismus“, das

Nachdenken über eine neue Rechtspartei durch den ehemaligen Arbeitgeberpräsidenten Henkel und andere sowie die fortschreitende Einschränkung demokratischer Rechte sind deutliche Kennzeichen einer schleichenden Faschisierung als Reaktion der Herrschenden auf die schwindende Akzeptanz ihres Systems.

Staatliche Stellen haben einen schonenden Umgang mit den Neonazis gepflegt, verständnisvolle Zurückhaltung und Untätigkeit an den Tag gelegt, wo immer das möglich war. Nach dem Motto: ‚Kann sein wir brauchen sie nochmal - eines Tages.‘ Das wird besonders deutlich, wenn man sich nur mal einen Augenblick lang vorstellt, es hätte die Möglichkeit bestanden, derartige Verbrechen links gerichteten Organisationen zuzuschreiben. Welch eine hektische Verfolgungswelle, welche eine hysterische Medien-Kampagne wäre unverzüglich in Gang gesetzt worden! Nicht zu vergleichen mit dem jahrzehntelangen Vorgehen in Sachen NSU: nichts hören, nichts sehen, nichts sagen, aber zugleich ganz massiv Front machen gegen zivilen Widerstand aus dem demokratischen und linken Spektrum.

Daher halten wir Kommunistinnen und Kommunisten nicht nur an der Forderung nach einem Verbot und der Zerschlagung aller neofaschistischen Parteien fest sondern stellen gleichzeitig fest, dass die Rolle des Verfassungsschutzes und anderer staatlicher Institutionen im NSU-Fall berechtigte Zweifel daran weckt, dass dieser deutsche Staat – egal unter welcher Regierung – wirksam gegen Neofaschismus vorgehen wird. In dieser Situation sagen wir: Wenn unter staatlicher Obhut Neofaschisten morden, ist Widerstand Pflicht! Deshalb rufen wir weiterhin dazu auf, sich an antifaschistischen Blockaden - so auch zum Beispiel im kommenden Februar gegen den Naziaufmarsch in Dresden - zu beteiligen.

Rolf Jüngermann, DKP Gelsenkirchen, im Januar 2012